

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

der Gemeinde Kirchschatlag bei Linz am 14. November 2024

Tagungsort: **Sitzungssaal des Gemeindeamtes Kirchschatlag**

Anwesende:

- | | |
|--|---------|
| 1. Bgm. Michael Mair, BSc | (ÖVP) |
| 2. Vizebgm. Ing. Günter Kaiser | (ÖVP) |
| 3. GR Simone Kaiser | (ÖVP) |
| 4. GR Mag. ^a Sigrid Prammer | (ÖVP) |
| 5. GR. Ing. Mag. Klaus Wurz | (ÖVP) |
| 6. GV Franz Götzendorfer | (ÖVP) |
| 7. GR Elisabeth Pils, BSc | (ÖVP) |
| 8. GR Ing. Walter Oberneder | (ÖVP) |
| 9. GR Thomas Anzinger | (ÖVP) |
| 10. GV Mag. Wolfgang Kitzmüller | (FPÖ) |
| 11. GR Anneliese Kitzmüller | (FPÖ) |
| 12. GR Gabriela Urban | (SPÖ) |
| 13. GV Julia Reiter | (GRÜNE) |
| 14. GR Franz Reiter | (GRÜNE) |
| 15. GR Michael Pree | (GRÜNE) |

Ersatzmitglieder:

- | | |
|------------------------|---|
| 16. EM Klara Kaiser | für (ÖVP) Herbert Manzenreiter |
| 17. EM Franz Bicek | für (SPÖ) Wolf Dittrich |
| 18. EM Karin Kaineder | für (GRÜNE) Mag. ^a (FH) Barbara Payré, MSc |
| 19. EM Viktoria Reiter | für (GRÜNE) Gerald Graßl |

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Manfred Pichler
Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö.GemO.1990): -x-

Es fehlen:

- a) entschuldigt: Herbert Manzenreiter, Wolf Dittrich, Mag.^a (FH) Barbara Payré, MSc, Gerald Graßl, Manuela Madlmeir, Wolfgang Birngruber, Carola Bianca Maurer, Ronald Gangl, Magdalena Märzendorfer, Dr. Anton Feuerstein, Christine Kaineder, Jonas Eckmann, Dagmar Graßl, Sarah Atzmüller, Jutta Breuer, Dr. Birgit Feuerstein, Hannelore Hartl
- b) unentschuldigt: - x -

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 Oö. GemO. 1990): AL Manfred Pichler

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von dem Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht per E-Mail am 31.10.2024 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 17.10.2024 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsende Einwendungen eingebracht werden können.
- e) Zu Mitunterfertigung des Protokolls der heutigen Sitzung im Sinne der Geschäftsordnung werden von den einzelnen Fraktionsvorsitzenden

(ÖVP)	Simone Kaiser
(GRÜNE)	Franz Reiter
(FPÖ)	Mag. Wolfgang Kitzmüller
(SPÖ)	Gabriela Urban

namhaft gemacht.

Sonstige Mitteilungen:

Der Bürgermeister weist auf § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates von Kirchsschlag hin, demnach diese Sitzung öffentlich ist und dass jeder dazu berechtigt ist, zuzuhören und Aufzeichnungen zu machen. Im Umkehrschluss sind Wortmeldungen der Zuschauer jedoch untersagt.

Dringlichkeitsantrag: „Auflassung des Bebauungsplan Nr. 20 der Volksschule und die Erstellung des Bebauungsplans Nr. 28 Bildungsraum; Grundsatzbeschluss.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung unter TOP 9 „Allfälliges“ aufzunehmen.

Der Antrag wird einstimmig durch Zeichen mit der Hand angenommen.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Widmung einer Verkehrsfläche für den Gemeingebrauch als Güterweg (Güterweg Rohrach) Erlassung einer Einreichungsverordnung.

Da nun endlich Einigungen über die Sanierung und den Ausbau des Güterwegs Rohrach erzielt werden konnten, bedarf es nun einer Einreichungsverordnung.

Die derzeit als Gemeindestraße eingereichte, bestehende Verkehrsfläche soll als Güterweg eingereicht und dahingehend erweitert werden, dass ein Ringschluss zur Familie Panwinkler hergestellt werden soll, welcher auch einen Teil der Verkehrsfläche am Stadtblick einschließt. Diese gesamte Verkehrsfläche gilt es mittels Einreichungsverordnung als Verkehrsfläche für den Gemeingebrauch „Güterweg“ zu widmen.

Da keine Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, **stellt VBgm. Ing. Günter Kaiser den Antrag,** die Einreichungsverordnung wie folgt zu beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Kirchsschlag bei Linz vom 14. November 2024 betreffend die Widmung einer Straße für den Gemeingebrauch und ihre Einreihung in die Straßengattung „Güterweg“.

Auf Grund der Bestimmungen des § 8 Abs. 2 Z 2 und § 11 Z 1 und 6 des Oö. Straßengesetz 1991, LGBl. Nr. 84/1991 idGF. in Verbindung mit dem § 40, Abs. 2, Z 4 und § 43 Abs. 1 der Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990, idGF. wird verordnet:

§ 1

Dieser Verordnung liegt der Plan des Amtes der Oö. Landesregierung vom 21.02.2023, Maßstab 1 : 1000 zugrunde. Der Plan liegt bei der Gemeinde Kirchsschlag bei Linz auf und kann während der Amtsstunden von jedermann eingesehen werden und ist vor Erlassung dieser Verordnung durch vier Wochen im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

§ 2

Der im Plan (§ 1) **schwarz** dargestellte Trassenverlauf und über die Grundstücke Parz.Nr. 1581/3, 1247/2, 1281, 1293/1, 1291/1, 1319, 1321/17, 1321/2 1320, KG. Kirchsschlag, wird als öffentliche Straße gewidmet und in die Straßengattung „Güterweg“ gemäß § 8 Abs. 2 Z 2 Oö. Straßengesetz 1991, LGBl. Nr. 84/1991 idGF. eingereiht.

Die Verordnung der Widmung für den Gemeingebrauch der Straße wird gemäß § 11 Z 2 Oö. Straßengesetz 1991, LGBl. Nr. 84/1991 idGF. erst wirksam, wenn die Gemeinde Eigentümer des Straßengrundes geworden ist.

§ 3

Mit der Einreihung der Straße in die Straßengattung „Güterweg“ (§ 2) werden jene bestehenden öffentlichen Straßen, die Bestandteile des Güterweges sind, als „Gemeindestraße“ aufgelassen.

§ 4

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Abs. 1 der Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91/1990, idGF. durch 2 Wochen kundgemacht und wird dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.

Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

2. Flächenwidmungsplan NR. 7, Änderung Nr. 46 – Strich; Beschlussfassung.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an **Ing. Mag. Klaus Wurz**:

Vorliegende Änderung betrifft die Liegenschaft „Strich 17“. Am 02.11.2023 erging ein Schreiben des Amtes der OÖ-Landesregierung, in dem die Gemeinde Kirchsschlag bei Linz darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das dortige Bauwerk zum Teil auf einer im Flächenwidmungsplan als Grünland ausgewiesenen Fläche errichtet wurde.

Es handelt sich aus Sicht der Baubehörde um einen Übertragungsfehler einer Flächenwidmungsplan-Einzeländerung (FWP Nr. 4, Änderung Nr. 5 aus dem Jahr 1995) in den gesamten Flächenwidmungsplan. Zu dieser Zeit wurde der Flächenwidmungsplan noch handschriftlich geführt, eine Digitalisierung erfolgte erst später. Um diesen Fehler zu korrigieren ist es nötig, ein Flächenwidmungsplanverfahren zur Richtigstellung durchzuführen. Im Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Infrastruktur wurde dies bereits diskutiert und als notwendig festgestellt. Der Grundsatzbeschluss zur Flächenwidmungsplanänderung wurde vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 16. Mai 2024 bereits gefasst.

Da keine Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, **stellt GR Ing. Mag. Klaus Wurz den Antrag**, den Beschluss des Gemeinderates zur Änderung Nr. 46 des Flächenwidmungsplanes Nr. 7 fassen.
Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

3. Flächenwidmungsplan NR. 7, Änderung Nr. 47 – Glasau; Beschlussfassung.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an **Ing. Mag. Klaus Wurz**:

Vorliegende Änderung betrifft die Liegenschaft „Salzstraße 1“. Mit einem Schreiben des Amtes der OÖ-Landesregierung, wurde die Gemeinde Kirchschatlag bei Linz darauf aufmerksam gemacht wurde, dass das dortige Bauwerk zum Teil auf einer im Flächenwidmungsplan als Grünland ausgewiesenen Fläche errichtet wurde.

Die Gemeinde kommt nach intensiven Recherchen und Aushebung aller alten Unterlagen, zu folgendem Ergebnis:

Für die damals geplante Flächenumwidmungsplanänderung waren grundsätzlich die fachlichen Voraussetzungen im Vorfeld geprüft und positiv beurteilt, es war jedoch – zur Vermeidung eines Siedlungssplitters – ein Heranrücken an die bestehende Baulandwidmung (Grundstück Nr. 354 KG Kirchschatlag) gefordert. Bei dem in weiterer Folge geänderten Flächenwidmungsplan wurde also nach Norden gerückt. Eine bestehende Zufahrtsstraße (welche im öffentlichen Gut der Gemeinde Kirchschatlag ausgewiesen ist) wurde damals nicht beachtet, und die neue Wohngebietswidmung auch über diese damals bereits bestehende Zufahrtsstraße gelegt.

Die der Bauplatzbewilligung zugrunde gelegte Vermessung berücksichtigte jedoch die vorbeschriebene Zufahrtsstraße und es ergibt sich dadurch eine Diskrepanz zwischen der Wohngebietsdarstellungen im Flächenwidmungsplan und den tatsächlich vermessenen und jeweils zum Bauplatz erklärten Grundstücken, wobei die beiden betroffenen Grundstücke zusammen ein Flächenausmaß aufweisen, das der Größenordnung der fachlich beurteilten Flächenwidmungsplanänderung entspricht.

Demnach hat die Gemeinde das Flächenwidmungsplanverfahren für die notwendige Korrektur auszuführen. Der Grundsatzbeschluss zur Flächenwidmungsplanänderung wurde vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 16. Mai 2024 bereits gefasst.

Franz Biseck: Interessehalber, wie lange ist es her, dass die Widmungsänderung durchgeführt wurde?

Ing. Mag. Klaus Wurz: Es ist sehr lange her, dass die Widmungsänderung gemacht wurde, jedoch ist auf den mitgebrachten Unterlagen kein genaues Datum vermerkt.

Da keine Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, **stellt GR Ing. Mag. Klaus Wurz den Antrag**, den Beschluss des Gemeinderates zur Änderung Nr. 47 des Flächenwidmungsplanes Nr. 7 fassen.
Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

4. Sammlung von Grünabfällen; Übertragung der Aufgaben der Gemeinde gemäß § 5 Abs. 4 Oö. AWG 2009 an den Bezirksabfallverband Urfahr-Umg.

Es besteht bereits ein Vertrag mit dem Bezirksabfallverband Urfahr-Umgebung wonach dieser die Sammlung von Grünabfällen der Gemeinden durchführt. Der BAV hat nun festgestellt, dass der Vertrag optimiert werden kann, indem man beispielsweise den Strauchschnitt häckselt, bevor man die Kubatur misst, und somit eine Kostenersparnis erzielt.

Gemeinsam mit den Nachbargemeinden, die das ASZ Hellmonsödt nutzen, wurde beraten und eine Erneuerung des Vertrages mit dem BAV als sinnvoll erachtet. Damit ein neuer Vertrag zustande kommen kann, muss die Zuständigkeit für die vorliegenden Agenden formell an den BAV übertragen werden.

Darauf folgt die Ausschreibung und später kann der Gemeinderat den Beschluss fassen (in Kraft treten der Änderungen aus heutiger Sicht wahrscheinlich mit 1. April 2025).

Gabriela Urban: Wird es im ASZ gehäckselt?

Bürgermeister: Nein, der Strauchschnitt wird an die Firma Zarzer geliefert und dort gehäckselt.

Gabriela Urban: Wie werden die Kosten auf die Gemeinden aufgeteilt?

Bürgermeister: Es wird wahrscheinlich weiterhin eine Liste mit den Strauchschnittmengen geführt, damit die Kosten richtig zugeordnet und verrechnet werden können. Es ist auch eine Aufteilung der Kosten nach Einwohnerzahl anzudenken, da kann es jedoch zu Schwierigkeiten bei Gemeinden wie z.B. Zwettl an der Rodl kommen, da sie an mehrere ASZ angebunden sind, je nach Wohnort. Die Verrechnung wird jedoch vom BAV vorgenommen.

Gabriela Urban: Gemessen wird die Menge dann jedoch erst im gehäckselten Zustand?

Bürgermeister: Genau, das Volumen kann im gehäckselten Zustand viel genauer gemessen werden.

Da keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen mehr vorgebracht werden, **stellt GR Thomas Anzinger den Antrag**, die Übertragung der Aufgabe der Gemeinde „Sammlung von Grünabfällen“ gemäß § 5 Abs. 4 Oö. AWG 2009 an den Bezirksabfallverband Urfahr-Umgebung zu beschließen.

Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

5. Beitritt der Gemeinde Kirchsschlag bei Linz zur European Land and Soil Alliance (Bodenbündnis).

Der Bürgermeister übergibt das Wort an **Elisabeth Pils, BSc:**

Wie vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 05. September 2024 beschlossen, hat sich der Umweltausschuss nochmals detailliert mit dem Beitritt der Gemeinde Kirchsschlag bei Linz zum Bodenbündnis auseinandergesetzt.

Dabei kam der Umweltausschuss zu der Erkenntnis, dass der Beitritt der Gemeinde Kirchsschlag eine große Chance bietet, zukunftsfähig zu handeln und aktiv zur Erhaltung und zur Pflege unseres Bodens beizutragen. Die Gemeinde Gramastetten ist bereits seit ca. 2010 Mitglied des Bodenbündnisses, deshalb wurde auch der Amtsleiter der Gemeinde Gramastetten, Hr. Haslmayr, konsultiert und zu seinen Erfahrungen befragt. Er bestätigte, dass die Gemeinde Gramastetten keine Einschränkungen im gesamten Gemeindeverkehr oder ähnliches hat. Im Gegenteil, durch die Teilnahme am Bodenbündnis können wir sogar die Position als umweltbewusste Gemeinde stärken und profitieren von den wertvollen Netzwerken und von den ganzen Fördermöglichkeiten, die uns Bodenbündnis anbieten kann.

Der Verband „Bodenbündnis“ steht für die nachhaltige Nutzung unserer Böden und vor allem auch für den Schutz vor Überbauung, Versiegelung und Erosion. Diese Ziele, die sind aber keineswegs verpflichtend oder einschränkend. Es sind mehr Leitlinien, an denen sich die Gemeinde orientieren und nach denen sie arbeiten kann.

Bürgermeister: Das heißt aber nicht, dass man nichts mehr bauen darf?

Elisabeth Pils, BSc: Genau, es heißt nicht, dass man nichts mehr bauen darf, oder dass der Gemeinde sonst Steine in den Weg gelegt werden. Der Beitritt funktioniert ähnlich wie bei der bienenfreundlichen Gemeinde. Es gibt einen Zertifizierungsprozess, in dessen Zug ein Workshop stattfindet, bei dem die Ziele des Bodenbündnisses durchbesprochen werden, und daraufhin das Zertifikat verliehen wird.

Das Bodenbündnis bietet viele attraktive Bildungsangebote wie Workshops, Austauschprogramme, Vorträge etc., die der Umweltausschuss gerne verwenden möchte, um die Kinder in Kindergarten und Schule und beim Stauden- und Pflanzlermarkt, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren, wie wichtig der Boden für uns ist, da ein gesunder Boden die Grundlage für sauberes Wasser, eine klimatische Stabilität und regionale Ernährungssicherheit bildet.

Der Umweltausschuss hat in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat den Beitritt zum Bodenbündnis zu empfehlen.

Julia Reiter: Im Umweltausschuss wurden auch die finanziellen Auswirkungen des Beitritts zu einem weiteren Bündnis besprochen. Dabei wurde im Ausschuss beschlossen im nächsten Jahr klar zu evaluieren, welche Angebote des Bodenbündnisses in Anspruch genommen werden sollen und welche Projekte realisiert.

Anneliese Kitzmüller: Die Bestimmungen, die im Manifest des Bodenbündnisses festgehalten sind, sind für uns verpflichtend und werden überwacht. Um die Gemeindebürger für das Thema zu sensibilisieren, braucht es kein Bodenbündnis. Die Gemeinde gestaltet sich einen neuen Verwaltungsapparat in dessen Abhängigkeit sie sich begibt.

Mag. Wolfgang Kitzmüller: Die Gemeinde bürdet sich durch diesen Beitritt externe Regulatoren auf, die die Gemeinde selbst besser und effizienter durchführen kann. Die Workshops allein rechtfertigen den Beitritt nicht. Es braucht keine externe Beratung, da wir als Kirchschlager gut genug wissen, was unser Boden braucht.

Franz Bicek: Ist der Beitritt zum Bodenbündnis wirklich ohne Verpflichtungen wie beispielsweise, dass nichts mehr „zubetoniert“ werden darf?

Elisabeth Pils, BSc: Ja. Auch im Gespräch mit Frau Fußthaler, einer Mitarbeiterin im Bodenbündnis, wurde bestätigt, dass es ein ähnlicher Zertifizierungsprozess ist, wie bei der bienenfreundlichen Gemeinde. Dazu absolvierte der Umweltausschuss einen Workshop, danach wurde eine Begehung vor Ort durchgeführt und festgelegt, welche Projekte die Gemeinde umsetzen muss, damit sie das Zertifikat erhält.

Nach der Zertifizierung zur Bodenbündnis-Gemeinde keine Einschränkungen von Seiten dieser Mitgliedschaft. In Zeiten großer Flächenversiegelung ist es wertvoll durch den Beitritt zum Bodenbündnis ein Zeichen zu setzen.

Bürgermeister: Als Beispiel können wir den geförderten Mietwohnbau nehmen. Wenn wir dort die Außengestaltung vornehmen, werden wir dies dem Bodenbündnis entsprechend machen.

Elisabeth Pils, BSc: Es wird bereits jetzt schon bei geplanten Projekten sehr auf umweltschonende Bauweise geachtet.

Franz Bicek: Geht es dabei also um Bewusstseinsbildung für uns als Gemeinde und für die BürgerInnen?

Der Bürgermeister bejaht.

Elisabeth Pils, BSc: Es sind schon sehr viele Gemeinden beim Bodenbündnis, wie beispielsweise Altenberg, Gallneukirchen, Walding, Gramastetten und viele Gemeinden in der Donauregion.

Franz Bicek: Werden die Vorgaben und Projekte des Bodenbündnisses dann in die Gemeindearbeit mit reingenommen und vom Umweltausschuss umgesetzt?

Elisabeth Pils, BSc: Der Umweltausschuss will die Angebote des Bodenbündnisses aktiv nutzen und in seine Arbeit einfließen lassen.

Mag. Wolfgang Kitzmüller: 193 der rund 2200 österreichischen Gemeinden sind beim Klimabündnis dabei. Weiters zitiert er aus den Statuten und dem Manifest: *„Wir verpflichten uns zu einem laufenden Berichtswesen, zur Festlegung geeigneter Zielgrößen und zu einer Erfolgskontrolle unserer Bodenpolitik“* Dabei stellt sich die Frage, wer dieser Verpflichtung nachkommen wird.

Elisabeth Pils, BSc: Diese Verpflichtung zu laufendem Berichtswesen und zur Festlegung geeigneter Zielgrößen und der Erfolgskontrolle betrifft den Zertifizierungsprozess, also den Weg bis zur Verleihung des Zertifikats, wie bereits besprochen.

Gabriela Urban: Wenn die Gemeinde Kirchschatz dem Bodenbündnis beitrifft, soll sie auch wirklich der Verpflichtung nachgehen und sich aktiv für den Schutz und Erhalt unseres Bodens einsetzen. Es müssen vom Umweltausschuss Taten folgen.

Michael Pree: Der Umweltausschuss lukriert Projekte aus der Mitgliedschaft beim Bodenbündnis, wie auch bereits aus der Mitgliedschaft „bienenfreundliche Gemeinde“. Das Bodenbündnis soll eine Vorbildwirkung der Gemeinde Kirchschatz erzeugen, indem man bei der Errichtung öffentlicher Gebäude gezielt auf umweltschonende Methoden achtet, die die Kirchschatzler Bevölkerung inspiriert. Im Umweltausschuss sind alle Fraktionen vertreten und herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Vizebürgermeister: Bei allen laufenden und künftigen Projekten ist es sehr wichtig, dass wir auf unseren Boden achten. Elisabeth Pils, BSc, Michael Pree und die Mitglieder des Umweltausschusses möchten sich ganz bewusst mit diesem Thema auseinandersetzen, diese Möglichkeit sollen wir ihnen bieten. Hinsichtlich der Dokumentation der Projekte sind die Umweltausschussmitglieder durch die Zertifizierung als bienenfreundliche Gemeinde schon gut vorbereitet.

Es ist wichtig trotzdem Projekte, wie die Schaffung von Wohnraum für die KirchschatzlerInnen, für die Fläche verbaut wird, umzusetzen, um die Lebensqualität in Kirchschatz zu verbessern. Hierbei muss mit Hausverstand mit dem Thema Bodenschutz umgegangen werden.

Da keine weiteren Fragen und Wortmeldungen vorgebracht werden, **stellt GR Elisabeth Pils, BSc den Antrag**, dem Bodenbündnis beizutreten.

Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand mit 16:3 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP-Franz Götzendorfer, FPÖ-Fraktion) angenommen.

6. Beratung und Beschlussfassung über Durchführung und Umsetzung des Projektes „Platz der Toleranz“ inkl. Kostenübernahme.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an **Franz Reiter:**

Franz Reiter: Ziel des Projekts ist es, ab nächstem Jahr in Kirchschatz durch die Aufstellung einer Regenbogenbank Themen wie Respekt, Toleranz und LGBTQ+ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Begleitet wird das Vorhaben von Workshops für Jugendliche sowie Veröffentlichungen in der

Gemeindezeitung und auf der Gemeinde-Homepage. Karin Kaineder, die das Projekt betreut, wird nun den ausgearbeiteten Plan vorstellen.

Karin Kaineder: Das Projekt „Platz der Toleranz“ soll ein sichtbares Zeichen setzen. Es umfasst eine Parkbank in Regenbogenfarben, ein weltweit anerkanntes Symbol für Toleranz, besonders in der LGBTIQ+ Community. Ziel ist es, vor allem Jugendlichen eine Plattform zu geben, sich öffentlich für Toleranz einzusetzen. Es geht darum, als Gemeinde klar zu signalisieren, dass Toleranz bei uns einen Platz hat. Für die Details zur zeitlichen und finanziellen Planung übergebe ich an Viktoria Reiter.

Viktoria Reiter: Die Umsetzung startet im April mit der Aussendung von Informationen und Einladung zum Workshop. Die Zielgruppe ist vor allem Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Ende Mai findet ein Workshop mit der Young Caritas statt, in dem es um das Thema Toleranz geht und vor allem Toleranz der Gemeinde. Danach bemalen wir die Bank gemeinsam, die im Juni, passend zum Pride Month, aufgestellt wird – geplant beim Bushäuschen. Zusätzlich gibt es einen Artikel in der Gemeindezeitung, um die Teilnehmer und deren Eindrücke vorzustellen. Über einen QR-Code auf der Bank gelangen Interessierte auf die Gemeinde-Homepage mit weiteren Infos. Am Jahresende wird das Projekt evaluiert. Die Kosten belaufen sich auf etwa 500 bis 600 Euro, davon 150 Euro für den Workshop, 170 Euro für Materialien und etwa 50 Euro für kleinere Nacharbeiten.

Mag.^a Sigrid Prammer: Das Projekt wurde bereits zweimal im Ausschuss für Bildung, Soziales und öffentliches Leben behandelt – im April vorgestellt und am 10. Oktober in dieser Form diskutiert. Auf Wunsch von Karin Kaineder ist eine Abstimmung durchgeführt worden. Dabei wurde das Projekt in dieser Form mit 1 Pro-, 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. Wir sind so verblieben, dass das Projekt bezüglich der Bedenken noch einmal überarbeitet wird und dann im Ausschuss weiter behandelt wird. Jetzt wird das Projekt ohne Überarbeitung genau in der Form, ohne Reaktion auf die Diskussion im Ausschuss dem Gemeinderat vorgelegt. Insofern wird die bereits geleistete Arbeit im Ausschuss massiv in Frage gestellt. Wir haben im Ausschuss Chancen und Risiken intensiv besprochen. Die Chancen sind im Konzept beschrieben: ein Zeichen für queere Menschen, Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und die Anregung von Diskussionen. Allerdings fehlt eine konkrete Maßnahme, um Diskussionen zu fördern oder Emotionen, die entstehen, positiv zu lenken. Im Gegenteil, das Konzept weist explizit aus, dass es „kein Ziel ist, Diskussionen zu lenken“. Ohne begleitenden Diskurs wird sich keine Haltung ändern. Das Thema Toleranz darf zudem nicht nur auf sexuelle Orientierung beschränkt werden, sondern betrifft viele Aspekte. Auch die Risiken, wie Vandalismus und Ablehnung in der Bevölkerung, wurden diskutiert. Vandalismus ist ein reales Problem, wie Beispiele in anderen Gemeinden zeigen. Im Fall von Vandalismus auf die Gemeindebediensteten und Bauhofmitarbeiter zu verweisen, reicht hier nicht aus.

Fazit: Im Ausschuss haben wir gesagt, wir wollen etwas für die LGBTIQ+ Community machen, vor allem im Pride Month. Aber das Konzept in dieser Form ist nicht ausreichend, es fehlt die Nachbetreuung des Bankerls und daraufhin haben wir vereinbart, dass die Projektinitiatoren sich noch einmal mit den Bedenken auseinandersetzen und nachbessern. Wenn die Projektinitiatoren Wert darauf legen, dass das Projekt breit mitgetragen wird, braucht es mehr Kompromissbereitschaft. Jedoch sollten wir von Problemen und Fehlern, die andernorts passiert sind, lernen und es besser machen: Diskurs statt Polarisierung. Es ist mir wichtig zu betonen: ich lasse mich nicht unterstellen, dass ich intolerant gegen die LGBTIQ+ Community bin, nur weil ich das Projekt in dieser eingereichten Form nicht unterstütze.

Mag. Wolfgang Kitzmüller: Ich habe Fragen zum Ziel dieses Projekts. Es wirkt wie der Versuch, eine links-grün-woke Agenda umzusetzen. Toleranz bedeutet dulden – aber was sollen wir dulden? Ich sehe in diesem Projekt ein Bürgertäuschungsmanöver. Wir brauchen in Kirchschlag keine Toleranzbank, sondern Solidarität mit Kindern und Jugendlichen, die es schwer haben. Das Projekt lehnen wir klar ab.

Bürgermeister: Es geht hier um Geschlechtertoleranz, nicht um Migration.

Mag. Wolfgang Kitzmüller: Diese Themen sind aber verknüpft. Eine solche Toleranzbank spaltet die Bevölkerung. Kirchschatz lebt Solidarität, keine unnötigen Symbole.

Gabriela Urban: Ich unterstütze Toleranz, auch in Bezug auf Geschlechterfragen, und bin grundsätzlich für Offenheit. Natürlich gibt es Themen, die aufgearbeitet werden müssen, das sehe ich genauso. Aber zur Klarstellung: Die SPÖ-Fraktion hat im Ausschuss keine Stimme, wir können dort also nicht mitentscheiden. Ich finde es gut, dass wir uns als moderne Gemeinde für Toleranz einsetzen und offen sind. Wir sollten dem Projekt eine Chance geben und beobachten, wie es sich entwickelt. Sollte es tatsächlich zu Problemen wie Vandalismus kommen, können wir immer noch gegensteuern. Meine Fraktion teilt diese Haltung. Das wollte ich sagen. Wir werden definitiv für das Regenbogenbankerl stimmen.

Karin Kaineder: Warum wir das Projekt in den Gemeinderat einbringen, obwohl es schon im Ausschuss behandelt wurde? Erstens, weil wir alle Möglichkeiten zu diesem Thema ausschöpfen wollen. Uns ist dieses Thema sehr wichtig, und wir möchten, dass jeder die Gelegenheit hat, sich dazu zu positionieren. Zweitens: Es gab Missverständnisse, die wir klären möchten. Es geht nicht darum, mit einem Regenbogenbankerl die Meinung aller Menschen zu ändern – das wäre unrealistisch. Dafür gibt es NGOs, die sich langfristig engagieren. Unser Ziel ist es, ein Zeichen als Gemeinde zu setzen: Toleranz ist uns wichtig.

Die Diskussion um das Bankerl läuft bereits. Wir können als Gemeinde diese Debatte konstruktiv begleiten und positive Gespräche anstoßen. Der Austausch, auch im privaten Umfeld, könnte helfen, Ansichten zu überdenken.

Klara Kaiser: Ich unterstütze es grundsätzlich, als Gemeinde ein Zeichen für Toleranz und Offenheit zu setzen. Aber ich sehe Herausforderungen bei der Umsetzung. Wenn das Projekt nicht begleitet wird, könnten Probleme entstehen, die auf die Gemeindemitarbeiter im Bürgerservice oder Bauhof abgewälzt werden. So, wie das Vorhaben aktuell geplant ist, habe ich Bedenken und kann es in dieser Form nicht unterstützen.

Julia Reiter: Die Kritik, dass das Projekt nur wenige erreicht, verstehe ich nicht ganz. Im Konzept ist klar vorgesehen, dass Vor- und Nachberichte in den Gemeindezeitungen veröffentlicht werden und ein Workshop stattfindet. Dieser richtet sich an Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die sensibilisiert, diskutieren und ihr Wissen ins private Umfeld tragen können. Es soll Mut machen, auch schwierige Themen anzusprechen. Es ist außerdem geplant, dass aus dem Workshop eine Gruppe von Interessierten entsteht, die das Thema weiterverfolgt – das ist ein erster Schritt, kein abgeschlossener Prozess. Mit dem Bankerl können wir jedoch ein positives Signal setzen. Und falls es zu Vandalismus kommt, wird das als Sachbeschädigung behandelt, wie bei anderen Fällen auch. Dafür gibt es klare Verfahren, die kein übermäßiges Engagement der Gemeindemitarbeiter erfordern.

Viktoria Reiter: Zum Thema Vandalismus: Im Gespräch mit dem Bauhof gab es absolut kein Problem, wie im Falle von Beschädigungen vorzugehen ist. Außerdem planen wir, eine Whatsapp-Gruppe zu bilden, in der man sich bei Problemen austauschen und gemeinsam Lösungen finden kann. Der Vorwurf, wir würden das Bankerl aufstellen und uns dann nicht darum kümmern, ist unbegründet.

Klara Kaiser: Die Regenbogenfahne der Pfarre wurde bereits zweimal heruntergerissen. Daher glaube ich, dass wir mit negativen Reaktionen rechnen müssen. Ich fände es schade, wenn das Symbol für Toleranz durch Vandalismus als Zeichen für Intoleranz wahrgenommen wird.

Michael Pree: Ich möchte die Arbeit der Initiatorinnen hervorheben – sie haben ein großartiges Konzept erstellt. Es ist wichtig, dass wir junge Menschen fördern, die sich politisch engagieren.

Mag.^a Sigrid Prammer: Im Ausschuss haben wir intensiv diskutiert und viele Fragen eingebracht. Es wurde nichts abgelehnt, sondern konstruktiv am Konzept gearbeitet.

Annelise Kitzmüller: Ich finde es großartig, welche Arbeit ihr euch antut, und ich sehe, wie viel Aufwand dahintersteckt. Allerdings denke ich, dass wir mit der Regenbogenfahne bei der Kirche bereits ein sichtbares Zeichen gesetzt haben, das Diskussionen angestoßen hat - mehr Sichtbarkeit braucht es aus meiner Sicht nicht.

Viktoria Reiter: Es erschreckt mich, dass viele hier als einzigen Weg sehen, die Risiken zu umgehen, indem sie das Projekt ablehnen und die Diskussion ins Private verlagern – wie es früher der Fall war.

Bürgermeister: Jeder soll seine Meinung offen äußern können, und dafür muss Raum geschaffen werden. Was mich jedoch stört, ist die Vorgehensweise. Politik – auch Gemeindepolitik – bedeutet, Kompromisse zu finden. Im Ausschuss wurde das Projekt ausführlich diskutiert, und als dort keine Zustimmung gefunden wurde, hätte es neu bearbeitet werden müssen. Stattdessen wurde es unverändert in den Gemeinderat eingebracht. Wenn ein Projekt im Ausschuss abgelehnt wird, macht es keinen Sinn, es einfach weiterzureichen, ohne es anzupassen. Ohne eine Überarbeitung und einen breit getragenen Kompromiss ist es einfach nicht zielführend, ein Projekt zur Abstimmung zu bringen, das bereits im Ausschuss gescheitert ist.

Franz Bicek: Ich unterstütze das und fände es schade, wenn es abgelehnt würde. Die Einwände sind nachvollziehbar, aber ich sehe Potenzial, das Thema weiter zu diskutieren. Es betrifft nicht nur Jugendliche, sondern alle. Es besteht keine Eile, und ich finde, man könnte im Ausschuss oder in einem anderen Rahmen noch einmal darüber nachdenken, wie es weiterentwickelt werden kann.

Karin Kaineder: Wir haben das Projekt zu dritt geplant, mit unseren begrenzten Ressourcen, und es sollte ein Startpunkt sein. Danach hätten wir evaluiert und überlegt, wie man weitermacht. Die Einladung an alle, sich zu beteiligen steht.

Bürgermeister: Genau dafür ist der Ausschuss da: um so lange zu diskutieren, bis wir eine Lösung finden.

Julia Reiter: Es wurde im Ausschuss diskutiert, aber die Lösungsansätze kamen hauptsächlich von den Initiatoren. Ich finde es unnötig, jetzt den Arbeitsprozess zu bewerten. Es geht um die Abstimmung über dieses Projekt. Fragen zur Zusammenarbeit können wir später außerhalb der Gemeinde klären. Ich stelle den Antrag zum Ende der Debatte.

Da keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, stellt **GR Franz Reiter den Antrag**, das Projekt „Platz der Toleranz“ wie im Plan vorgelegt umzusetzen und die Kosten als Gemeinde zu übernehmen.

Mag.^a Sigrid Prammer stellt den Gegenantrag, eine Variation des Projekts, zu beschließen, die die Chancen und die Risiken besser berücksichtigt. Der Workshop soll wie geplant im Juni stattfinden. Statt einer Bank soll es jedoch mehrere Regenbogen-Liegestühle geben. Diese Klappstühle könnten von Vereinen, Institutionen oder Privatpersonen kostenlos bei der Gemeinde ausgeliehen werden, ähnlich wie die Mehrwegbecher. So kommen die Stühle dort zum Einsatz, wo Menschen zusammenkommen, und die Vandalismusgefahr wird reduziert, da die Stühle nach Veranstaltungen zurückgegeben werden.

Julia Reiter bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung. Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung.

Der Gegenantrag von Mag.^a Sigrid Prammer wird durch ein Zeichen mit der Hand mit 9:10 (Gegenstimmen: 8, Stimmenthaltungen: 2) Stimmen abgelehnt.

Der Antrag von Franz Reiter wird durch ein Zeichen mit der Hand mit 5:14 Stimmen (Gegenstimmen: 8, Stimmenthaltungen: 6) abgelehnt.

7. Behandlung des Prüfungsberichtes vom 05.11.2024.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an **Franz Reiter**, welcher den Prüfungsbericht vom 05.11.2024 vollinhaltlich vorträgt. Der Prüfungsbericht lag dem Gemeinderat bereits via Intranet vor.

Da keine Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, stellt **Bgm. Michael Mair BSc** den Antrag, den Prüfungsbericht wie vorgetragen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

8. Bericht des Bürgermeisters.

Der Vorsitzende informiert den Gemeinderat über folgende Belange:

- **Birgitt Sinnhuber:** ehemalige Direktorin am 31.10. plötzlich verstorben. Danke für ihre Tätigkeit.
- **950 Jahre Meeder**
10. Mai 2025: Feier 50 Jahre Partnerschaft mit der Gemeinde Meeder
- **Neubürgerfeier:** danke an Sigrid für Hauptorganisation und danke an die Mitarbeiter im Gemeindeamt
- **Gratulation zum 60. GEBURTSTAG** vom Theaterverein mit tollem Fest
- **Glasfaser**
- **Pendlerparkplatz Glasau**
- **Bäume für Andrea und Neugeborene**
- **Weihnachtsmarkt 23. +24. November** am nordseitigen Parkplatz beim Gemeindeamt
- **Kirchschlager Punschstand:** Jeden Freitag und Sondertermine
- **Tourismusausschuss:** Klausur am Sonntag mit Tourismusbetrieben
- Wir suchen eine **Kindergartenhelferin**

9. Allfälliges.

Dringlichkeitsantrag:

„Auflassung des Bebauungsplan Nr. 20 der Volksschule und die Erstellung des Bebauungsplans Nr. 28 Bildungsraum; Grundsatzbeschluss.“

Es wird beabsichtigt für das Schul- und Kindergartenareal den bestehenden Bebauungsplan Nr. 20 aufzuheben und einen neuen Bebauungsplan im Bereich des Schul- und Kindergartenareals zu erstellen. Dieser soll die geplanten Um- und Zubauten der Schule und des Kindergartens auf den Grundstücken 1042/2, 1043/2,3,4 u 10 ermöglichen.

Da keine Fragen oder Wortmeldungen vorgebracht werden, **stellt GR Ing. Mag. Klaus Wurz** den Antrag, den Beschluss des Planentwurfes (Grundsatzbeschluss) zur Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 25, sowie den Grundsatzbeschluss über Aufhebung Bebauungsplan Nr. 20 wie vorgetragen, zu fassen.

Der Antrag wird durch ein Zeichen mit der Hand einstimmig angenommen.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom wurden **keine Einwendungen** erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.15 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer

Gemeinderat ÖVP

Gemeinderat SPÖ

Gemeinderat FPÖ

Gemeinderat GRÜNE

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom
keine Einwendungen erhoben wurden, über die erhobenen Einwendungen der
beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Kirchschlag/Linz, am

Vorsitzender: